



Steirische *Friedensplattform*

www.friedensplattform.at



ISRAEL - PALÄSTINA 1967 - 2007

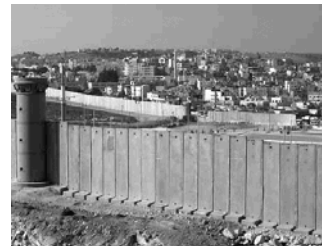
Die Welt sagt NEIN zu 40 Jahren israelischer Besatzung

Am 5. Juni 1967 (dem 6 Tage-Krieg) bombardierte die Israelische Luftwaffe die ägyptischen Flughäfen und zerstörte die gesamte Luftwaffe am Boden. Der damals besetzte palästinensische Gazastreifen ist jetzt noch ein israelisches Freiluftgefängnis und die heutigen Auseinandersetzungen sind eine direkte Folge des Krieges vor 40 Jahren. Die Palästinenser waren eines Großteils ihres Territoriums beraubt worden, mussten flüchten und heute hat die Atommacht Israel die bestgerüstete Armee und die Palästinenser immer noch keinen Staat.

Im Juni 2007 schließt sich das 40. Jahr der israelischen Besatzung Ostjerusalems, des Westjordanlandes, des Gazastreifens und der syrischen Golanhöhen. Heute am 9. Juni 2007 bringen die PalästinenserInnen gemeinsam mit Menschen in aller Welt ihr klares NEIN zur israelischen Besatzung zum Ausdruck.

Wussten Sie, dass...

- in den 40 Jahren Besatzung tausende und abertausende PalästinenserInnen ermordet wurden?
- mehr als 12.000 palästinensische Wohnhäuser dem Erdboden gleichgemacht wurden?
- insgesamt 650.000 PalästinenserInnen in israelischen Gefängnissen und Lagern saßen?
- sich auch momentan mehr als 10.000 PalästinenserInnen in israelischen Gefängnissen und Internierungslagern befinden?
- sich unter den Gefangenen auch 40 Mitglieder des Parlaments und drei frühere Minister befinden, die alle ohne Anklage in Haft sind?
- zur Zeit gerade eine Vertreibung von Beduinenfamilien von 20 Quadratkilometern Land in Hadidiye im Jordantal vor sich geht?
- mehr als eine Million Olivenbäume auf palästinensischem Boden gerodet wurden?
- seit 2002 die Apartheidmauer auf besetztem palästinensischem Land errichtet wird und das, obwohl der Internationale Gerichtshof ausdrücklich festgestellt hat, dass Israel mit der Errichtung der Mauer Völkerrecht bricht?
- diese 8m hohe Mauer mit einer Gesamtlänge von mehr als 700 km Menschen von ihren Dörfern, Bauern von ihrem Land, SchülerInnen von ihren Schulen und ArbeiterInnen von den Fabriken und Werkstätten trennt?
- mit der Mauer der größte Landraub in der Geschichte dieser 40-jährigen Besatzung in die Tat umgesetzt wird?
- seit 1948 den Palästinensern mehr als 80% ihres Landes genommen wurde?



Mit dem Bau der Mauer geht dieser Prozess Woche für Woche weiter. Durch die Abmauerung der Wohngebiete bleibt den PalästinenserInnen nur mehr ein Rumpfgelände – ohne ausreichende Wasserversorgung, ohne die fruchtbaren Anbaugelände und vor allem ohne Außengrenzen, die eine wirtschaftliche Kooperation mit den Nachbarstaaten ermöglichen würden. An Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ist so nicht mehr zu denken!

Nach 40 Jahren israelischer Besetzung liegt die palästinensische Wirtschaft am Boden. In Palästina ist der Hunger eingekehrt. Laut FAO ist jede dritte palästinensische Familie vom Hunger bedroht, 10 % der palästinensischen Kinder zeigen bereits bleibende Folgen von Unterernährung. Die FAO sagt, „ohne eine politische Lösung ist eine Verbesserung der Situation nicht zu erreichen und Millionen von PalästinenserInnen bleiben von Nahrungsmittelhilfe abhängig.“

UNSERE ANTWORT AUF 40 JAHRE BESATZUNG

WIR FORDERN

- ein Ende von Besetzung und Landraub
- die Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes, allen voran das Recht auf Selbstbestimmung
- das Recht auf einen unabhängigen souveränen Staat Palästina

WAS KÖNNEN ÖSTERREICH & DIE EU TUN?

- Mit der Zurückstufung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel und Sanktionen hat die EU ein wirksames Mittel in der Hand, um gegen die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen der Besatzungsmacht einzuschreiten.
- Durch die uneingeschränkte Aufnahme von Beziehungen zur palästinensischen Regierung wird ein Schritt in Richtung Gleichbehandlung der Konfliktparteien gesetzt.
- Ein klares Engagement der EU und Österreichs für einen vollständigen Abzug Israels aus den palästinensischen Gebieten und für die Gründung des palästinensischen Staates neben dem Staat Israel wäre ein wirklicher Beitrag zum Frieden.

Verharren wir nicht in Gleichgültigkeit, wenn einem Volk Unrecht getan wird! Das Wegschauen hat schon oft genug zu einer Katastrophe geführt!

www.stopthewall.org/german
www.soli-graz.org
www.fraueninschwarz.at

Filmabend:

Am **15. Juni um 19 Uhr** findet im Universitätszentrum Wall, Merangasse 70 ein Filmabend zum Thema Apartheid-Mauer in Palästina statt:

Titel: **„The Iron Wall“**,
anschließend Buffet, Eintritt frei.



EurofighterAusstieg: sofort!

Am 30. Oktober 2006 hat eine Mehrheit des Nationalrates die Regierung aufgefordert, sofort alle Schritte zu setzen, um aus dem Eurofighter-Vertrag auszusteigen und den Beschaffungsvorgang auf der Stelle zu stoppen. Damals noch mit den Stimmen von Gusenbauer und Darabos. Als Bundeskanzler und Verteidigungsminister wollen diese nun von ihrem eigenen Beschluss nichts mehr wissen. Alle haben jedoch noch die Wahlparole Gusenbauers im Ohr: „**Mit mir wird es keine Eurofighter geben!**“.... Der „Beschaffungsvorgang“ wird jedoch unvermindert fortgesetzt. Dabei gibt es genügend Gründe wegen „Sittenwidrigkeit“ aus dem **Eurofighter-Vertrag auszusteigen, ohne einen Cent zu zahlen** (siehe dazu auch <http://www.werkstatt.or.at>). Ein Konzern, der Schmiergeldzahlungen von Subkontrahenten vertraglich freistellen lässt, und Geschäftspartner mit Strafen bedroht, wenn sie vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagen, kann kein Vertragspartner der Republik sein. Die Nationalratsabgeordneten sind aufgefordert, ihren eigenen Beschluss für den Eurofighter-Ausstieg gegenüber der Regierung durchzusetzen, wenn sie nicht zu Marionetten der Rüstungslobby werden wollen.

Das von Minister Darabos beim Zivilrechtsexperten Helmut Koziol in Auftrag gegebene Rechtsgutachten wird selbst dem von der SPÖ installierten Eurofighter Untersuchungsausschuss vorenthalten. Für Kanzler Gusenbauer ist diese Vorgangsweise durchaus nachvollziehbar (STANDARD, 21.4.2007). Der Großteil der Österreicher hat allerdings kein Verständnis für diese Handlungen. Mit Sätzen wie „Nie wieder wähle ich die SPÖ!“ oder „Gusenbauer hat kein einziges Wahlversprechen gehalten!“ und „Da hätte ich ja gleich die ÖVP wählen können.“ verleihen die enttäuschten SPÖ-Wähler Ihrem Unmut Ausdruck. Will die SPÖ nicht auch noch den kläglichen Rest ihrer Glaubwürdigkeit verlieren, so muss der Ausstieg aus dem Eurofighter Vertrag sofort in die Wege geleitet werden. Wie kommt es, dass ein roter Bundeskanzler die Politik der ÖVP und der Industriellenvereinigung umsetzt?



Das Budget der rot-schwarzen Regierung liegt auf dem Tisch. Der unglaubliche Tiefpunkt dieses Budgets wurde in den Medien eher am Rande erwähnt: während insgesamt 620 Millionen Euro eingespart werden sollen, wird das Militärbudget um sage und schreibe **33% erhöht, und zwar um 600 Millionen von 1,8 auf 2,4 Milliarden Euro.** Grund, so Ver-

teidigungsminister Darabos: Die Finanzierung der Eurofighter und die „Sicherstellung der Auslandseinsätze“ (ORF-Mittagsjournal, 2.3.2007). Unter Kanzler Gusenbauer erreicht Österreich damit das **höchste Rüstungsbudget in der Geschichte der 2. Republik**. Das ist kein Zufall, denn: die SP/VP-Regierung bekennt sich – genauso wie ihre schwarz-blau-orangen Vorläufer – ohne Wenn und Aber zur EU-Militärpolitik. Und diese sieht vor, bis zum Jahr 2010 umfassende Kapazitäten für globale Militäreinsätze aufzubauen. Ein Kernstück dafür ist die Einsatzfähigkeit der Eurofighter-Kampfbomber (EU-weit über 600 Stück). Es gehört zu den unverschämtesten Lügen der Regierenden, dass die Eurofighter zum Schutz der Neutralität beschafft werden sollen. Das Gegenteil ist wahr. Es geht um Kampfflugzeuge, um „**bis weit hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und Kaukasus**“ Militäreinsätze fliegen zu können, wie das Streitkräftekommandant Günter Höfler ausgeplaudert hat (Kleine Zeitung, 13.12.2005).

Wir fordern daher:

- * **Eurofighter-Ausstieg sofort, wie das der Nationalrat bereits am 30.10.2006 beschlossen hat! Angesichts der immer offensichtlicher werdenden unsauberen Geschäftsmethoden des Eurofighter-Unternehmens EADS kann die einzige Konsequenz nur sein, dass die Republik für diesen Ausstieg keinen Cent zu zahlen hat.**
- * **Ausstieg aus der EU-Rüstungsagentur und den EU-Militärinstitutionen! Keine Teilnahme an den EU-Schlachtgruppen!**
- * **Aktive Friedens- und Neutralitätspolitik statt Aufrüstung und Sozialabbau!**

Kundgebung gegen Eurofighter am 16. Juni 2007 in Wien!

Samstag, 16. Juni 2007, 14 Uhr
Kundgebung vor dem Parlament in Wien

**Eurofighter-Ausstieg
sofort!
Neutralität statt
Aufrüstung!**

